

Wegfall von USAID: Globale Verantwortung beginnt in Bremen und Berlin

Kurzfassung

Die Ankündigung der US-Regierung, die Entwicklungsagentur USAID einzustellen bzw. in das State Department zu integrieren, markiert einen **Wendepunkt für die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ)**. USAID war bislang der weltweit größte Geber für Entwicklungsfinanzierung, mit jährlich mehreren Dutzend Milliarden US-Dollar, und zentral für die Finanzierung von **Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit, humanitärer Hilfe, Bildung und Demokratieförderung**. Ihr Wegfall reißt **eine massive Lücke in die globale Architektur der Solidarität**, mit dramatischen Folgen für Partnerländer im Globalen Süden, aber auch für die **Glaubwürdigkeit internationaler Kooperation** insgesamt. Aktuelle Studien kommen zu dem Schluss, dass in der Folge in den kommenden fünf Jahren 14 Millionen Menschen, davon fünf Millionen Kinder unter fünf Jahren, zusätzlich sterben werden.

Gerade in einer Zeit wachsender globaler Krisen setzt die US-Entscheidung ein verheerendes Signal: **Nationale Interessen vor globaler Verantwortung**. Deutschland, aber auch das Land Bremen, stehen damit vor der Frage, wie sie auf die entstehende Lücke reagieren. Die Bundesregierung hat eine internationale Verantwortung und muss diese jetzt offensiv wahrnehmen: Durch den **Ausbau multilateraler Kooperation**, eine **Aufstockung von ODA-Mitteln** sowie ein **klares Bekenntnis zur EZ als Teil globaler Friedens- und Sicherheitspolitik**. Bremen als **weltoffener Stadtstaat** kann, muss und sollte sich aktiv einbringen – über die Ausweitung der Unterstützung seiner zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die **Stärkung internationaler Partnerschaften** und die **Sichtbarmachung lokaler Gelingengeschichten**.

Dieses Papier analysiert die Bedeutung des Wegfalls von USAID und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen für Bremen und den Bund. Es zeigt, wie Bremer Organisationen bereits heute Verantwortung in globalen Partnerschaften übernehmen, welche Projekte nun unter Druck geraten, und wie ein entschlossener, solidarischer Gegenentwurf aussehen kann. Denn: Es gibt eine moralische und ethische Verpflichtung, hinter denen finanzielle Interessen und nationale Befindlichkeiten zurückstehen müssen. **Erfolge der EZ – von Polio-Impfprogrammen bis hin zur Stabilisierung fragiler Staaten – werden ebenso benannt wie kritische Reflexionen und notwendige Reformschritte**.

Zentrale Erwartungen an Bremen und den Bund sind:

- | Klare Positionierung der Bundesregierung für die Stärkung multilateraler Institutionen, inklusive finanzieller Kompensation für entfallene USAID-Zuschüsse
- | Aufstockung der entwicklungspolitischen Landesmittel in Bremen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Projektpartnerschaften
- | Einrichtung eines Notfallfonds zur Überbrückung weggefallener Ko-Finanzierungen. Verstetigung und Ausbau des Kleinstprojektfonds "BreGlob"
- | Ausbau von Städtepartnerschaften mit z.B. Windhoek und Durban

1. USAID war über Jahrzehnte der weltweit größte staatliche Entwicklungsakteur

Die geplante Abwicklung markiert einen tiefen Einschnitt in multilaterale Strukturen und trifft besonders vulnerable Länder. Insbesondere im Gesundheitsbereich (HIV, Malaria, COVID-19), der Ernährungssicherung, der humanitären Hilfe und Demokratieförderung sind die Folgen unmittelbar spürbar.

Gleichzeitig sind kritische Stimmen aus dem Globalen Süden nicht neu: USAID wurde wiederholt für ihre geopolitischen Interessen und wirtschaftlichen Bedingungen kritisiert. Organisationen in Lateinamerika, Asien und Afrika haben gefordert, dass internationale Zusammenarbeit nicht zur Einflussnahme missbraucht werden dürfe. Diese Kritik ist legitim – sie richtet sich jedoch nicht gegen das Prinzip der Zusammenarbeit, sondern gegen die Art und Weise ihrer Umsetzung. Der jetzt erfolgte Rückzug jedoch beendet nicht die problematische Praxis, sondern nimmt ganze Strukturen mit: Kliniken, Schulen, Präventionsprogramme und zivilgesellschaftliche Partnerschaften brechen weg.

Was in der geopolitischen Debatte übersehen wird: USAID war in vielen Regionen nicht nur Geldgeber, sondern tragende Säule der Basisversorgung. In fragilen Staaten sicherte sie den Betrieb von Gesundheitseinrichtungen, stellte Medikamente bereit und unterstützte lokale Bildungsinitiativen. Der Verlust dieser Infrastruktur trifft zuerst diejenigen, die keine Alternative haben. Internationale Zusammenarbeit braucht Reform – aber kein Vakuum. Der Rückzug lässt Millionen Menschen ohne Zugang zu Versorgung zurück und schwächt genau jene zivilgesellschaftlichen Akteure, die für demokratische Entwicklung stehen. Die Gelder der internationalen Zusammenarbeit wirken in gewisser Hinsicht wie Drogen: Sie machen abhängig und um davon loszukommen braucht es eine sorgsame Therapie. Damit es nicht weiter zu menschlichen Tragödien kommt, müssen umgehend wieder lebenssichernde Strukturen aufgebaut werden.

2. Warum das auch Deutschland und Bremen betrifft

Deutschland profitiert von globaler Stabilität und ist weltweit zweitgrößter Geber in der internationalen Zusammenarbeit. Der Rückzug der USA erhöht den Handlungsdruck, sich klar zur multilateralen Ordnung zu bekennen – nicht nur aus moralischen, sondern aus geopolitischen und ökonomischen Interessen.

Bremen hat sich in den letzten Jahrzehnten als engagierter Akteur in der Eine-Welt-Arbeit bewiesen. Das Land unterhält langjährige Partnerschaften mit Städten im Globalen Süden, fördert Projekte der internationalen Bildung, Migration und Teilhabe und zeichnet sich durch eine aktive Zivilgesellschaft aus. Die Kooperation mit Windhoek (Namibia) zum kommunalen Klimaschutz und nachhaltigem Abfallmanagement oder die Beteiligung der Universität Bremen an der Stärkung des namibischen Gesundheitssystems im Rahmen internationaler Forschungskooperationen zeigen, wie fruchtbar und langfristig angelegt solche Zusammenarbeit sein kann.

Diese Beispiele stehen exemplarisch für das Engagement vieler Bundesländer, die ihre globale Verantwortung ernst nehmen. Auch die Bundesregierung hat die internationale Zusammenarbeit in den letzten Jahren verteidigt und ausgebaut. Das gilt etwa für die Unterstützung multilateraler Gesundheitsinitiativen, die massive Aufstockung von Mitteln in der humanitären Hilfe und das Bekenntnis zu den Sustainable Development Goals. Trotz der konstruktiven und punktuellen Kritik durch die Zivilgesellschaft stehen diese Erfolgsgeschichten im Vordergrund. Es ist jetzt wichtig, dass diese Haltung ausgebaut und gegen die drohende Erosion des globalen Multilateralismus verteidigt wird.

3. Was Bremen jetzt tun kann

- | Verstärkung der finanziellen Mittel für EZ im Land Bremen
- | Einrichtung eines Notfallmechanismus zur Ko-Finanzierung von Projekten mit Partnerorganisationen im Globalen Süden
- | Ausbau und institutionelle Absicherung des "BreGlob"-Kleinstprojektfonds
- | Weitere Aufwertung der Städtepartnerschaften (Windhoek, Durban etc.) durch gemeinsame Gesundheits-, Klima- und Bildungsprojekte
- | Stärkung migrantischer Selbstorganisation und Förderung von Süd-Süd-Dialogen über die Eine-Welt-Arbeit hinaus
- | Stärkung von autonom und selbstorganisiert arbeitenden Strukturen im Globalen Süden
- | Förderung von Dialogformaten und lokalen Veranstaltungen zur Bedeutung von globaler Solidarität in Krisenzeiten

4. Was die Bundesregierung tun muss

- | Deutliche Aufstockung der ODA-Quote über 0,7 %
- | Klare Positionierung auf EU-Ebene zur Verteidigung multilateraler Entwicklungsfinanzierung
- | Strategische Verstärkung der multilateralen Partner (z. B. WHO, GAVI, UNDP, WFP)
- | Priorisierung der Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt gegenüber kurzfristigen geopolitischen Verschiebungen

5. O-Töne aus Bremen und dem Globalen Süden

I Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN): Das BeN ist ein Verein, der sich für eine gerechte, faire und nachhaltige Welt für alle Menschen einsetzt. Im BeN haben sich über 30 Vereine, Gruppen und Initiativen aus Bremen zusammengeschlossen. Viele dieser Menschen arbeiten ehrenamtlich oder freiwillig engagiert. Das BeN sorgt dafür, dass die Ziele, Ideen und Forderungen dieser Menschen bei Politiker*innen und den Menschen in Bremen bekannter werden.

„Der Wegfall von USAID zeigt uns: Globale Verantwortung darf nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Unsere Mitgliedsgruppen arbeiten seit Jahren erfolgreich mit Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammen – diese Arbeit verdient nicht nur Respekt, sondern auch die notwendige politische und finanzielle Unterstützung. Bremen steht dabei exemplarisch für viele Kommunen in Deutschland: Wenn wir hier Verantwortung übernehmen, senden wir ein starkes Signal. Globale Gerechtigkeit beginnt lokal – und muss politisch gewollt sein.“

Christopher Duis, Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V., Geschäftsführer

„The discontinuation of USAID support has created widespread uncertainty and fear across Namibia. It is still unclear how many jobs will ultimately be affected, but the prospect of large-scale losses is already putting immense pressure on communities. As funding runs out, the health of people living with HIV/AIDS is at serious risk, and vital services may not be sustained without new commitments from international partners.“

Ester Haikola-Sakaria, Founder and Director of the NGO, Wakapinya Environmental Education aus Windhoek/Namibia and cooperation partner of BeN

I cornerstone domino e.V.: Interkulturelle Organisation fördert mit autonomen Partnerorganisationen nachhaltige Entwicklung in Eigenregie. Lokal definierte Herausforderungen werden mit gezieltem, einmaligem – oft finanziellem - Startimpuls überwunden. Mittels des Funktions- und Lenkungsprinzips „domino dynamics“ werden Domino-Effekte ausgelöst, die eine völlig autonome Entwicklungsdynamik vor Ort freisetzen und verstetigen.

„Der Wegfall von USAID reißt Lücken, die wir nicht ignorieren können. Unsere global kooperative Arbeit setzt auf nachhaltige, selbstverantwortete Projekte – keine Abhängigkeit, sondern echte Eigeninitiative vor Ort, wie selbsttragende Bildungseinrichtungen, ökonomisch unabhängige Sozialunternehmen, selbstmultiplizierende Friedens- und Versöhnungsarbeit und Existenzgründungen u.a.. Doch um diese Dynamik zu initiieren und zu entfalten, braucht es auch den finanziellen Rückenwind von Land und Bund. Nur so können sich Menschen in ihrer Heimat Handlungsoptionen, Sicherheit und Perspektiven schaffen. Nur so haben sie die Möglichkeit, sich in ihren Herkunftsländern eine nachhaltige wirtschaftliche Basis zu erarbeiten. Bremen muss jetzt Verantwortung übernehmen

und handeln und kann dies nutzen, um eigene Förderkriterien zu setzen. Für globale Verantwortung, für Effizienz, für Menschlichkeit, für nachhaltige Wirkung.‘

Birgit Bergmann, cornerstone domino e.V., Chairfrau

„USAID Withdrawal from supporting HIV/AIDS program in Burundi has several consequences. Burundi is currently facing shortage of fuel and money in currency to buy some imported things like fuel, medicines and other articles. Transportation is likely impossible. This has negative impact on prices which increase day by day. Different medical centers do not have enough medicines. Most of Burundian are rural and poor. Their lives are in trouble. Therefore, the withdrawal of USAID which has been providing support in health especially in funding HIV/AIDS will have big consequence on lives of Burundian.

- 1. Many workers lost their jobs and their families are hopeless now.*
- 2. Deaths and infections are increased due to non access to ART (Anti Retroviral Therapy)*
- 3. Desrupt of prevention program like condom distribution, counselling, testing will enormously increase number of people to be infected. More vulnerable are women, sex workers, young ladies and poor families with low income.*

Better Life Initiatives with cornerstone domino e.V would extend their services to equip communities with capacity to hardworking with principles self supporting, self governing and self managing. This would increase their income and give them chance to become economically independent.‘

Bathelemy Minani, Direktor der Better Life Initiatives in Burundi

I fair oceans: fair oceans fordert, dass Meere und Ozeane als eine politische Sphäre verstanden werden. Umwelt, soziale und ökonomische Dimensionen der Meerespolitik werden gleichwertig betrachtet. Fair Oceans fördert entwicklungspolitische Meeresbildung, zivilgesellschaftliche Vernetzung, Lobbyarbeit und Positionierungen, um Meerespolitik global gerecht zu gestalten und Betroffene, insbesondere aus dem Globalen Süden, sichtbar zu machen.

„Der Wegfall von USAID wird von einer grundlegenden Umsteuerung der US-Außenpolitik begleitet die globale Konkurrenzen verschärfen wird und die ökonomische Entwicklung des Globalen Südens weiter erschweren könnte. Es ist im Kern eine neue Art des Systemkonflikts mit dem wir konfrontiert sind. Setzen wir auf internationale Kooperation, sind wir bereit über unsere Landesgrenzen hinaus Verantwortung zu tragen und solidarisch zu handeln. Oder, folgen wir ohne größere Gegenwehr einer Politik bei der sich letzten Endes die Stärkeren durchsetzen. Tatsächlich birgt der Rückzug der USA die Chance in sich, einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Außenpolitik mehr Geltung zu verschaffen.‘

Kai Kaschinski, Vorstand fair oceans

I KETAAKETI e.V.: Die Organisation unterstützt die nachhaltige Existenzsicherung von Familien sowie den Schulbesuch von Kindern in ärmsten Ländern durch Mikrofinanzierungen. Dabei sind Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Würde und Nachhaltigkeit die konsequent umgesetzten Leitprinzipien des Kooperationsmodells. KETAAKETI ist ein Autonomiebasiertes Modell, das ausschließlich in landeseigener Hand verwaltet wird. Die Bedingung für die Mikrofinanzierung ist die kontinuierliche Weitergabe der Startfinanzierung im Sinne von sozialer Vernetzung, Stärkung und Unabhängigkeit. Die weitere Bedingung für den Erhalt einer Mikrofinanzierung ist die Unterstützung des Schulbesuchs der eigenen Kinder.

„Die Arbeit die wir bei Kusek Di Kunyil in Partnerschaft mit KETAAKETI leisten, ist mehr als nur finanzielle Unterstützung. Wir glauben, dass wir durch gegenseitige Unterstützung dauerhafte Veränderungen bewirken und eine widerstandsfähigere Gemeinschaft aufbauen können.“

Wenus Ann, Leiterin der NGO Kusek Di Kunyil

Unterzeichnende Organisationen



Hinweis: In Übereinstimmung mit unserem „Verhaltenskodex für die Nutzung von KI im BeN“ (<https://ben-bremen.de/wp-content/uploads/2024/10/Positionspapier-KI-1.pdf>) möchten wir darauf hinweisen, dass die Texte unter Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz (hier ChatGPT) überarbeitet wurden.